

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 10. Februar 2014

Verfasser: Andreas Hasler

Am Tag 1 nach den Wahlen in verschiedenen Gemeinden gab es für einmal zwei „Paralleldebatten“ im Kantonsrat. Die inoffizielle Diskussion handelte vom guten Abschneiden der GLP bei den Parlamentswahlen in Zürich, Winterthur, Dietikon, Schlieren und Kloten, bei denen zu den bisherigen total 20 Sitzen 5 neue dazu kamen: Eine Steigerung um satte 25%! Dazu wurde Judith Bellaiche als Gemeinderätin (Exekutive) in Kilchberg bestätigt. Die Geschäfte der offiziellen Debatte:

### **Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Verkäufen von Liegenschaften durch den Kanton (Jörg Mäder)**

Die Parlamentarische Initiative will das Vorkaufsrecht für die Gemeinden gesetzlich festschreiben. „Es ist aber nicht sinnvoll, alles in Gesetzen festzuschreiben, was gelebte gute Praxis ist“, machte Jörg Mäder klar. Denn das mache das ganze System unflexibel. Der Kantonsrat sah das grossmehrheitlich auch so.

### **Energiegewinnung aus Gewässern (Barbara Schaffner)**

Entgegen dem Titel der Vorlage geht es hier nicht um die Energiegewinnung an sich, sondern um die Gebühren, die der Kanton für das Bewilligungsverfahren verlangt. Der Regierungsrat hat gezeigt, dass diese Gebühren im Allgemeinen nicht kostendeckend sind und es im speziellen Fall, der dem Postulat zugrunde liegt, gute Gründe gab für aussergewöhnlich hohen Gebühren. Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

### **Rahmenkredit 2014-2017 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes (Barbara Schaffner)**

Die Bewilligung dieses Rahmenkredits ist grundsätzlich unbestritten. Der Kanton Zürich fördert mit diesem Geld Anwendungen für rationelle Energienutzung im Wärmebereich und die Förderung erneuerbarer Energien. Da auf Bundesebene die Energieförderungsprogramme in den nächsten Jahren überarbeitet werden, möchte eine Minderheit des Kantonsrates den Rahmenkredit nur für 3 statt 4 Jahre bewilligen. Barbara Schaffner votiert für eine langfristige Strategie des Kantons in der Energieförderung, die nicht von allfälligen Verzögerungen auf Bundesebene abhängig sind. Eine grosse Mehrheit des Rates ist ebenfalls dieser Meinung.

### **Geplante Investitionen der Axpo von 700 Mio. in die Sicherheit von Beznau I und II (Barbara Schaffner)**

Das Postulat der Grünen fordert vom Regierungsrat, dass er sich gegen die Investitionen der Axpo in die Reaktoren Beznau I und II wehrt, damit dieses Geld in erneuerbare Energien investiert werden kann. Diese Forderung hat bei uns einige Diskussionen ausgelöst. Einerseits wollen wir keine Abstriche bei der Sicherheit der bestehenden Reaktoren in Kauf nehmen. Andererseits ist es ein offenes Geheimnis, dass mit diesen Investitionen auch auf eine Verlängerung der Laufzeit der beiden Reaktoren hingearbeitet wird. Dieses Ziel können wir ebensowenig unterstützen. Die Grünliberalen enthalten sich deshalb geschlossen der Stimme. Das Postulat wird klar nicht überwiesen.

### **Sonderprüfung bei Axpo (Judith Bellaiche)**

Die Axpo weist für ihre Atomkraftwerketeiligungen (Leibstadt und Gösgen) deutlich zu hohe Werte aus. Die Sorge um die Werthaltigkeit dieser Kapitalisierung bewog Judith Bellaiche, vom Regierungsrat zu verlangen, er solle die Interessen des Kantons bei der Axpo wahrnehmen und eine Sonderprüfung bei der Axpo verlangen. Denn „wir wollen keinen zweiten Fall BVK und auch keinen zweiten Fall UBS. Auch AKW's sind too big to fail.“ Eine Mehrheit des Rates ist aber nicht bereit, vorausschauend zu denken – und finanzielle Risiken abzuwehren. Das Verdikt des Kantonsrats: 70:94

### **Öko-Kompass für den Kanton Zürich “ (Stefanie Huber)**

Der Öko-Kompass ist eine Umweltberatung für kleine und mittlere Unternehmen, wie es ihn in der Stadt Zürich bereits gibt. Er beinhaltet namentlich Beratungen zum Stromkonsum, aber auch zu weiteren Umweltaspekten. „Der Wille für Umweltschutz ist bei vielen KMU vorhanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen. Nur fehlt in der täglichen Arbeit die Zeit, Massnahmen zu eruieren und umzusetzen. Hier kann ein Öko-Kompass wertvolle Dienste leisten“, stellte Stefanie Huber fest. Allerdings solle dadurch nicht

die kantonale Verwaltung aufgebläht werden. Vielmehr sei es Aufgabe des Kantons, Partner an den Tisch zu holen, welche bereits Beratungen anbieten, und so die Angebote zusammenführen. Das Postulat wurde aber mit 69:92 nicht überwiesen.

#### **Abgabe der Axpo Beteiligungen des Kantons Zürich an die EKZ “ (René Gutknecht)**

„Der Regierungsrat soll sich beim Thema Strom auf seine Kernaufgabe konzentrieren, eine zukunftsweisende Energiestrategie für den Kanton auszuarbeiten. Deshalb soll der Kanton seine Beteiligungen an der Axpo an die EKZ abgeben.“ René Gutknecht stellte sein Postulat mit klaren Worten vor und wies darauf hin, dass es eine klare Trennung von Politik und Wirtschaft bringe. Der Kantonsrat folgte ihm aber nicht.

#### **Schluss mit flächendeckendem Salz streuen im Kanton Zürich (Benjamin Schwarzenbach)**

Benjamin Schwarzenbach forderte mit seinem Postulat des Ende der „hysterischen Schneeflockenbekämpfung“, jedoch selbstverständlich kein Totalverbot des Salzens. Hintergrund dafür ist, dass die jährliche Schneemenge nicht zunimmt, der Salzverbrauch dagegen schon. Das Salzen bringe viele Nachteile: Das Salz gelange in den Wasserkreislauf, greife Pflanzenwurzeln an, reize Hunde- und Katzenpfoten, verursache Korrosionsschäden etc. Nach längerer Diskussion wurde das Postulat nicht überwiesen.